

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Herausgeber: Robert Viktorius, Magdeburg. Verlag von
Bernhard Harzau, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127.
Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Zehrerstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtkosten) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 60 Pf. Der Einzel-
band in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen viertheilbar.
2 Hft. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 egl. Bestellgeb. Einzelne Nummern (einschl. der Postanbelage, sowie der
Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fünfgepaltene Beilage 15 Pf. Post-Zustellungslie Nr. 7779.

Nr. 56.

Magdeburg, Dienstag, den 7. März 1899.

10. Jahrgang.

Heute liegt Bogen 91 vom Roman 'In Reich' und
Gled bei.

Opfermut!

Für die Abtainer Verurteilten sind, wie der Partei-
faktischer Bericht im Vorwärts mitteilt, in der Zeit vom
7. Februar, wo der Aufruf erschien, bis zum 25. Februar
36 657 Mark eingegangen. „Mag es immerhin“, so
bemerkte dazu der konservativen Reichsbote, „mehr
Parteilanatismus als ehrliche Nächstenliebe sein, welche diese
Gaben zusammengebracht hat, so können sie doch
jeder anderen Partei zur Beschämung und zur
Belehrung darüber dienen, daß eine solche Be-
wegung nicht mit einseitigen Gewaltmitteln zu
überwinden ist.“

Wie wird das Urteil desselben Blattes lauten, wenn
ihm die neueste Quittung bekannt wird, die der Vor-
wärts veröffentlicht. Darnach sind bislang eingegangen:
55 089.29 Mark.

Zugleich giebt der Parteivorstand bekannt:

Da die bis jetzt eingegangene Summe, in Verbindung mit den
noch in den Sammelstellen befindlichen Beiträgen, nach einer vom
Dresdener Unterstützungsausschuß gemachten Aufstellung, die Gewährung
einer angemessenen Unterstützung an die ihrer Ernährung beraubten
Familien während der Abwesenheit der dem Zuchthaus und Gefängnis
überlieferten ermöglicht, bitten wir die Entgegennahme
weiterer Beiträge einzustellen und die noch aus-
stehenden Beiträge halbwegs an uns einzulösen zu wollen, damit in
Kürze die Schlussquittung gegeben werden kann.

Nach Magdeburg sind am Sonntag 1000 Mark dem
Parteivorstand überliefert. Rechnen wir die circa
2½ tausend Mark hinzu, die den Kreisler Streikenden
bislang gespendet wurden, so ist die Nächstenliebe der
Magdeburger Arbeiterschaft wieder einmal gut beleuchtet.

Von Centrums Gnaden.

Das Centrum fühlt sich immer mehr als „regierende
Partei“ und ist es auch. Nach seinem Willen vollziehen
sich jetzt die Abstimmungen im Reichstage. Den Herren von
ter Leibgarde des Papstes scheint das Regieren auch recht
gut zu gefallen. Nur schade, daß dabei diese Partei ihre
alte Tradition immer mehr und mehr verleugnet. Durch
das Regieren in der Volksvertretung kommen die „Schwarzen“
natürlich auch mit der Reichsregierung selbst immer mehr in
Fühlung. Die Folgen dieses Verkehrs machen sich aber in
einer immer größer werdenden Regierungsfreund-
lichkeit des Centrums bemerkbar.

Für einige Konzeptionen auf kirchlichem Gebiete bewilligen
die Centrumsleute auf politischem Gebiete alles, was der
reaktionären Regierung Herz begehrt. Mit den Wählermassen
wird freilich noch ein bißchen kokettiert, ohne Augenverdrehen
geht es ja bei den frommen Herren nicht ab. Unsere Be-
hauptungen werden durch das Spiel, das vom Centrum jetzt
bei der Beratung der Militärvorlage getrieben wird, deutlich
bewiesen.

Als die neue Vorlage eingebracht wurde und bei der
ersten Besung des Etats von allen Parteien besprochen wurde,
da hüllten sich die Herren Ultramontanen in Schweigen; sie
brauchten dies diplomatische Schweigen auch noch nicht, als
dann die Militärvorlage selbst zur ersten Beratung
stand. Für die Kommission behielten sich die Herren, wie
sie sagten, völlig freie Hand. Trotzdem war es klar, daß
die regierende Partei schließlich alles bewilligen würde oder
zum mindesten mit der Regierung völlige Uebereinstimmung
erzielen würde. Als das aber in sozialdemokratischen und
bürgerlich demokratischen Blättern vorausgesagt wurde,
warfen sich Centrumsorgane wie die Kölnische Volkszeitung
protestierend in die Brust und wollten das durchaus nicht
wahr haben. Das Centrum werde sich von sachlichen Er-
wägungen leiten lassen, die Finanzlage besonders berücksich-
tigen, irgend welchen Regierungseinflüssen in keiner Weise
nachgeben und wie sich das Ende der Kommissionsberatung
und schließlich die Abstimmung im Plenum gestalten werde,
kame noch kein Mensch sicher vorherzusagen. In Bayern
regte sich ein Widerspruch gegen die Vorlage. Man
nahm dort Resolutionen gegen die Heeresvermehrung an,
aber diese Kundgebungen blieben doch zu vereinzelt, als daß
sie besonderen Eindruck hätten machen können.

Die Kommissionsberatungen begannen und die Be-
willigungsmaschine des Centrums trat in Aktion. Mit
seiner Hilfe gingen fast alle Forderungen durch. Nur
die neue Truppe der berittenen Jäger wurde abgelehnt.
Gegen Ende der Kommissionsberatung schienen sich einige
Herren doch noch zu einer „That“ aufraffen zu wollen.
Zunächst wurde die geforderte Kavallerievermehrung ab-
gelehnt, dann wurden auch noch an der Durchschnitts-
kopfszahl der Bataillonsstärke Abstriche gemacht. Die ganze
Vorlage wäre dann nur zu zwei Dritteln bewilligt worden.

Bei der kolossalen Forderung wäre das schon ein ganz
häßlicher Abstrich gewesen und das Centrum hätte seinen dem
Militarismus unreundlich gegenüber stehenden Wählern
sagen können: „Seht, wir haben gethan, was uns möglich
war, um das Volk nicht allzu schwer zu belasten.“

Die oppositionelle Stimmung im Centrum hat nicht
lange vorgehalten. Herr Lieber hat seine Getreuen wieder
einmal zu einem Umfall zu bewegen gewußt. Genau wie
bei der letzten Militärvorlage, genau wie bei der Marine-
vorlage hat sich dieser Umfall vollzogen. Das Kompromiß
zwischen Herrn Lieber und dem Kriegsminister ist bereits
vereinbart und wird zu stande kommen. Die Regierung
verzichtet vorläufig, nur vorläufig natürlich, auf die geplante
Kavallerievermehrung, dafür bewilligt das Centrum die
berittenen Jäger und die erhöhte Durchschnittsziffer der
Bataillonsstärke. Die Abstriche an der Vorlage werden also
nur ganz geringfügige sein.

Als die oppositionelle Haltung des Centrums in der
Kommission bekannt wurde, machten sich einige Scharfmacher-
blätter den Spass, einen zwischen Reichstag und Regierung
drohenden Konflikt an die Wand zu malen. Von solchem
Konflikt war nie die Rede. Ja, es hat den Anschein, als
wenn die Regierung schon von vornherein mehr gefordert
hat, um mit um so leichterem Herzen sich kleinere Abstriche
machen zu lassen.

Warum das Centrum wieder unzufrieden ist, das geht
deutlich aus einer Notiz hervor, die vor einigen Tagen in
der Kölnischen Volkszeitung veröffentlicht war. Dort hieß
es, daß demnächst der Bundesrat demjenigen Teil des An-
trages des Reichstages zustimmen werde, welcher den § 2
des Jesuitengesetzes, also die Ausnahmestimmungen
in Bezug auf die Freizügigkeit der Jesuiten aufhebt. Eine
Hand wächet die andere, heißt es auch hier, und wenn auch
das Verbot der Ordensniederlassung für Jesuiten bestehen
bleibt, so soll auch hier die Regierung schon ein Pfälsterchen
bereit halten. In Preußen wird nämlich demnächst die
Stelle eines Unterstaatssekretärs im Kultusministerium frei
und diese soll dann einem Ultramontanen reserviert werden.

Diese Kompensationen sind ja für das
Centrum in der That nicht unwichtig.

Die Masse des Volkes muß die Regierungsfreundlichkeit
der Schwarzen auf diese Weise aber doppelt büßen. Es
bekommt durch das Centrum nicht nur
höhere Steuerlasten aufgeschleppt, es läuft noch
Gefahr — ganz abgesehen von den Jesuiten — daß
die staatliche Institution der Schule noch mehr
unter kirchliche Herrschaft kommt, als wie das
jetzt schon der Fall ist.

Und die Nationalliberalen unterstützen dieses Treiben.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Ruchhandel des Centrums wird fort-
gesetzt von der Germania in Albrecht gestellt. Der Centrums-
fraktion sei hiervon nichts bekannt, bemerkt das ultramontane
Blatt. Darauf entgegnet jedoch die freisinnige Zeitung:
Allerdings haben die Kontrahenten der Centrumpartei gegen-
über der Regierung den Wunsch ausgesprochen, das Ergebnis
der Verhandlungen noch einige zeitlang geheim zu halten.
Gleichwohl ist in parlamentarischen Kreisen, wie das bei der
Wichtigkeit der Sache offenkundig ist, das Kompromiß in seinen
Grundzügen alsbald bekannt geworden.

In parlamentarischen Kreisen wird es für unzweifelhaft
gehalten, daß der größere Teil der Reichstagsvorlagen, z. B.
der Gesetzentwurf über die Invalidenversicherung und die
Postgesetze, bis zum Schlusse der Session nicht vollständig
erledigt werden können. Man wird also wieder zu dem
Auskunftsmittel greifen müssen, die Session nicht zu
schließen, sondern bis zum Winter zu ver-
tagen, um alsdann die Arbeit genau an dem Punkt
wieder aufnehmen zu können, wo sie im Sommer unter-
brochen ist.

-x- Berlin. Das preussische Abgeordnetenhaus zeigt
bei allen Gelegenheiten das gleiche reaktionäre Gesicht. Selbst
der Antrag des freisinnigen Abgeordneten Wetekamp, die
Arbeiter-Wochen- und Arbeiter-Rückfahrkarten mindestens im
bisherigen Umfang bestehen zu lassen, fand (wie bereits kurz
mitgeteilt) eine Gnade vor den Augen der agrarischen Mehr-
heit. Der freikonserervative Abgeordnete v. Zehlig sah in dieser
„Begünstigung“ eine Verlockung der ländlichen Arbeiter nach
den großen Städten. Nicht einmal in die Kommission, die
über die Abstellung der Rentenot brütet, wurde der Antrag
Wetekamp verwiesen, sondern gleich kurzer Hand abgewürgt.
Traurig sieht es auch mit den Aussichten auf Herabsetzung der
Personentaxen aus. Man hat jetzt das Schlagwort von der Vereini-
gung der Personentaxen erfunden, um die öffentliche Meinung
darüber hinwegzutäuschen, daß man nach wie vor in Preußen

mehr Geld als in anderen Kulturstaaten für die Benutzung
des „Verkehrsinstituts“ der Eisenbahnen zahlen muß. Graf
Limburg-Sturum bestritt sogar das Bedürfnis für eine Ver-
billigung der Personentaxen überhaupt; er kann es sich
freilich mit Hilfe der Erbschaft seines jüdischen Onkels Ebers
leisten, erster Klasse zu fahren. Bergens machte Abg.
Wetekamp geltend, daß das Beispiel Oesterreichs zeige, wie
unbearbeitet die Furcht vor Einnahmeausfällen bei einer
Verbilligung der Personentaxen sei.

Die Plenarversammlung des deutschen Handelstages beschäftigte
sich auch mit der Wasserbauverwaltung in Preußen. Stadtrat
Dr. Weigert (Berlin) führte folgendes aus: Die gefahrlose Abführung
des Wassers — bezüglich des Ausbaues der natürlichen Gewässer die
nachfolgende Aufgabe der Wasserbauverwaltung — ist eine allgemeine,
keineswegs vorwiegend landwirtschaftliche Angelegenheit. Am Verkehr
auf den natürlichen und künstlichen Gewässern sind Industrie, Handel
und Schifffahrt in erster Linie beteiligt. Die großen Aufgaben, welche
die Wasserbauverwaltung hierbei zu erfüllen hat, verlangen, daß sie
einer Behörde anvertraut werden, welche die Gewähr dafür giebt, die
Förderung des Verkehrs nicht hinter den einseitigen oder vermeintlichen
Interessen eines einzelnen Berufsstandes zurücktreten zu lassen. Dieser
Bedingung entspricht das Landwirtschaftsministerium nicht. Sein
Zweck ist in erster Reihe die Förderung der Landwirtschaft, und bei
einem Widerstreit der Interessen oder Anschauungen der Landwirtschaft
auf der einen und der Industrie und des Handels auf der anderen
Seite wird es leicht geneigt sein, die Partei der Landwirtschaft zu er-
greifen. Von einer Uebertragung der gesamten Wasserbauverwaltung
auf das genannte Ministerium ist daher zu befürchten, daß mangels
der erforderlichen Initiative der Ausbau der natürlichen und künstlichen
Wasserstraßen zum schweren Schaden unserer wirtschaftlichen Entwicklung
vernachlässigt und der Industrie und dem Handel in der Wasser-
bauverwaltung diejenige Berücksichtigung verweigert wird, die sie bei einer
den verschiedenen Berufsständen gemessenermaßen neutral gegenüberstehenden
Behörde zu finden erwarten. Aus diesen Gründen spricht sich der
deutsche Handelstag entschieden dagegen aus, daß in Preußen
die gesamte Wasserbauverwaltung dem Ministerium
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über-
tragen werde. — Die gleichen Bedenken sind auch von unserer Seite
im Stadthaus in Magdeburg geltend gemacht worden, als die
Garantieleistung für den Bau des Mittelaltkanals auf der Tages-
ordnung stand.

Eine Kabinettsordre des Kaisers wendet
sich gegen die häufig unlauteren Angebote gewerbmäßiger
Geldleiher an die Offiziere. Die Kabinettsordre nimmt an,
daß jugendlich leichter Sinn und Mangel an Erfahrungen in
Geldangelegenheiten aus solcher Gestalt gebotener Gelegen-
heit häufig den Anfang schwerer Bedrängnis, ja vollständigen
Ruins werden läßt. Deshalb sollen alle Mittel angewandt
werden, um von Offizieren Versuchungen dieser Art fernzu-
halten. Die Kabinettsordre bestimmt, daß künftig jeder Offi-
zier die an ihn gelangenden unlauteren Geldanbietungen ohne
Verzug seinen Vorgesetzten zu melden hat. Die General-
kommandos und die sonst zuständigen Militärbehörden sind
verpflichtet, nach Feststellung des strafbaren Charakters des
Angebots und wenn möglich dieserhalb erzielter gerichtlicher
Verurteilung solche Fälle fortlaufend dem Kriegsministerium
mitzuteilen. Dieses hat dann wegen Veröffentlichung
der Namen derartiger Geschäftsleute und
der näheren Umstände des Falles das Erforderliche zu ver-
anlassen.

Im Reichstage ist jüngst der Erlaß des preußi-
schen Ministers vom August 1898 über die fort-
dauernde Geltung des § 73 der in den alten preußischen
Provinzen bestehenden Gefindeordnung, welcher den Her-
schäften das Züchtigungsrecht über Diensthoten zuerkennt,
zur Sprache gekommen und dabei betont worden, daß der Erlaß
des Ministers im Widerspruch steht mit dem Artikel 95 des
Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, welcher
ganz allgemein das landesrechtlich anerkannte Züchtigungs-
recht aufhebt. Wir freuen uns einmal mit der Magdeburg-
gischen Zeitung gleicher Meinung zu sein.

Einige Blätter wußten über die Bestätigung
Kirchner als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt zu
berichten. Die Nachrichten sind falsch — Herr Kirchner
kann warten.

Vor der Strafkammer in Mainz hatte sich der frühere
Gendarm Paul Kesselring in Worms wegen Majestäts-
beleidigung zu verantworten. Er hatte in der
Trunkenheit beleidigende Äußerungen gegen den Kaiser
gebraucht. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil
der Angeklagte sich seiner Worte jedenfalls nicht bewußt war,
auch sei von einem früheren Gendarm, der sich gut gefühlt
hätte, nicht anzunehmen, daß er den Kaiser beleidigen wollte.

Der wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnisstrafe ver-
urteilte Simplicissimus-Zeichner Heine erhielt die Nachricht,
daß die Strafe im Gradenwege in Festungs-
haft umgewandelt ist. Wir werden künftig auf die
Heineschen Bilder achten; vielleicht entdecken wir, daß Heine
den Militarismus eine bessere Seite abgewinnt.

Gegen mehrere Vertrauensleute der sozialdemokratischen
Partei, die zum Zweck der Protest-Begründung gegen die
Wahl des konservativen Zeidler im 23. sächsischen Reichs-
tags-Wahlkreise angeblich falsche Beschuldigun-

gungen erhoben haben, soll jetzt amtlich eingeschritten werden. Die Wahl Zeidlers wurde kürzlich im Reichstage bekanntlich für gültig erklärt, doch zugleich beschlossen, den Kommissionsbericht durch den Reichsanwalt der sächsischen Regierung zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zu übermitteln. Hier ist doch wohl der Wunsch Vater des Gedankens.

Das Reichsgericht verurteilte den wegen Spionage angeklagten Goldhuber zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein Arbeitgeberbund ist vor kurzem in Berlin gegründet worden. Das Polizeipräsidium hat die Statuten genehmigt. Bisher sind 1000 Arbeitgeber mit 40 000 Arbeitern dem Bund beigetreten. Der Anschlag von 500 Arbeitgebern mit 20 000 Arbeitern soll in den allernächsten Tagen erfolgen. An der Spitze steht der Industrielle H. Hegewald von der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten. Eine Mahnung für die Arbeiter sich in gleicher Weise zusammenzuschließen.

Bur Fleischnot in Oberschlesien. Der Schlacht- und Fettviehmarkt zu Weichen D.S. ist wegen Mangel an Auftrieb wiederum ausgefallen.

Ein allgemeiner Fleischertag ist für den 12. März nach Berlin einberufen.

Der sächsische Generalstaatsanwalt Dr. Müller, dessen provozierendes Auftreten als Bundesratsbevollmächtigter allen drei Präsidenten des Reichstages Anlaß zu abwehrenden Äußerungen gab, war, wie wir aus juristischen Kreisen erfahren, am allerwenigsten geeignet, über den Vöblander Fall ein auf praktische Erfahrung gegründetes Urteil abzugeben, da er vor seiner Ernennung zum Generalstaatsanwalt wohl als ein tüchtiger Beamter des Zivilprozesses bekannt war, sich aber erst in seiner neuen Stellung in das Kriminalfach einarbeiten mußte. Seine Ernennung wurde schon damals in staatsanwaltschaftlichen Kreisen mit höchstem Befremden aufgenommen, und der Mißstimmung über sein jetziges Auftreten giebt selbst ein so reaktionäres Blatt wie die Leipziger Neuesten Nachrichten offen Ausdruck.

Nachrichten aus dem Auslande.

Aus Bern wird berichtet: Nach dem amtlichen Bericht des eidgenössischen Industrie-Departements richtete die „permanente nationale Kommission in Genf für die Interessen der Frau“ an den Bundesrat das Gesuch, die Anstellung von Fabrikinspektoren zu gestatten. Das Industrie-Departement ließ von den männlichen Fabrikinspektoren die Anstellung weiblicher Personen für die Inspektion der Fabriken begutachten. Die Fabrikinspektoren sprachen sich gegen die Anstellung des Genfer Komitees aus. Das Industrie-Departement selbst hält dafür, bei Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes werde sich Gelegenheit bieten, die Frage grundsätzlich zu erörtern.

Die römische Gerichtsbehörde eröffnet auf Grund neuer Indizien den Prozeß gegen Acciarito und Genossen, wegen Verabredung gegen das Leben des Königs wieder und ordnete die Verhaftung der Mitschuldigen Collabona Gubini, Ceccarelli und Diotallevi Trenta an. Bis auf Trenta, der vor einiger Zeit entflohen, sind alle bereits verhaftet. Acciarito, ein arbeitsloser Schmiedegeselle, hat am 22. April 1897 gegen den König einen Dolchstoß geführt, der jedoch nicht traf. Acciarito erklärte, er habe die That aus Hunger gethan. Er wurde am 28. Mai zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Vermutung, daß er Mitschuldige habe, konnte damals nicht begründet werden.

Die Ministerkrisis in Spanien hat ihr Ende erreicht. Ein konservatives Ministerium hat das Ruder ergriffen. Der Königin-Regentin ist folgende Ministerliste unterbreitet: Silvela Vorkitz und Auswärtiges; Marquis Vidal öffentliche Arbeiten; General Polavieja Krieg; Dato Inneres; Villaverde Finanzen; Duran Justiz; Camara Marine. Alle gehören der konservativen Partei an. Die Kammern werden aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden Ende April stattfinden. Die Wiedereinberufung derselben soll im Mai erfolgen. Der Kabinettswechsel wird auch noch weitere Konsequenzen nach sich ziehen. Die Vorkämpfer in Paris und London sowie die Präfekten, die Staatssekretäre und die Direktoren kündigen ihren Austritt an.

Wie dem Slowo Polskie aus Petersburg berichtet wird, ist infolge des Konflikts, den die dortige Polizei am 21. Februar mit den Studenten hatte, wobei viele Studenten und Studentinnen von berittenen Polizisten mit Peitschen und Knüppeln und überritten worden, in Petersburg, Wostok und Kiew ein Studentenstreik von noch nicht dagewesenem Umfang ausgebrochen. An allen höheren Lehranstalten der drei Hauptstädte und die Vorträge sistiert, da sie von den Studenten boykottiert werden. Es wurden Massenversammlungen unter der Jugend vorgenommen.

Das Befinden des Papstes bessert sich fortwährend.

Esterhazy enthüllt! Im Daily Chronicle veröffentlicht der einstige Vertrauensmann und willige Helfershelfer des französischen Generalstabes seine Aussage vor dem Pariser Kassationshofe. Der sensationelle Text füllt fast zehn Spalten des Londoner Blattes und ist damit noch nicht erschöpft; am Montag soll noch eine Fortsetzung folgen. Esterhazy hat danach vor der Kriminalkammer des Kassationshofes erklärt: Alles, was er in Sachen Dreifus gesagt, gethan und geschrieben, sei auf Befehl seiner Vorgesetzten im Generalstab geschehen. Der Generalstab habe ihm seine Anweisungen vor Gericht, seine Briefe an den Kriegsminister und an den Präsidenten der Republik vorgelesen. Als Esterhazy im Prozeß Zola eine Aussage zu persönlicher Rechtfertigung machen wollte, erhob General Pellieux befehlend die Hand und Esterhazy verstummte auf dieses verabredete Zeichen. Selbst die Herausforderung an Picquart erließ der arme Schächer auf Befehl des Generalstabes und als es ihm an einem Reagen fehlte, besorgte ihn

General Gouze. Daily Chronicle fügt hinzu, Esterhazy habe vor einem englischen Notar einen Eid abgelegt, daß er diese der Wahrheit entsprechenden Angaben der Kriminalkammer des Kassationshofes gemacht habe. Hierzu bemerkt die Volks-Zeitung: Solche Vorsicht des englischen Blattes war nötig, denn an und für sich verdient ein Subjekt, das sich zu derartigen Diensten brauchen läßt, keinerlei Glauben, wenn es seine Auftragsgeber hinterher belästelt. Die stärkste Glaubhaftigkeit aber giebt der Enthüllung alles sonstiger, was bisher über die Mörder bekannt geworden ist, die an der Seite der französischen Militärverwaltung ihr heillos Wesen treiben. Was wird mit ihnen? Kann es wirklich im Interesse Frankreichs liegen, derartige Vorformnisse zu vertuschen und deren Urheber in den wichtigsten Kreisen zu belassen? —

Zum Zuchthauskurse.

Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung veröffentlicht eine Kundgebung gegen den Vortrag, den Professor Lujo Brentano über den Schutz der Arbeitswilligen kürzlich in Berlin und München gehalten hat. Die Baugewerkskapitalisten, sind ja immer die Pioniere des Arbeiterkampfes gewesen, sie sind in der That dazu beufen, zu „protestieren“.

Brentano antwortet auf die läppische Kundgebung: Der Kern der Ausführungen des Verbandes besteht in einer Wiederholung derjenigen Argumente, die von jeher gegen die Maßnahmen vorgebracht wurden, die Staat und Gesellschaft zum Schutz der Schwächeren getroffen haben. Nach den Ausführungen der Herren führen sie im Winter Bauten auf, um die Arbeiter vor dem Verhungern zu retten, und sie werden dafür im Frühjahr von den koalitierten Arbeitern mit Unbarm gelohnt, die dann Arbeitsverkürzung und Lohn-erhöhung verlangen und die streikbrechenden Arbeitswilligen mit wüthlichem Haß verfolgen. Die Arbeitgeber erfüllen ein Gebot der Gerechtigkeit und der Selbstachtung, indem sie für die Freiheit des einzelnen Arbeiters eintreten. Offenbar wäre es nach der Meinung des Verbandes besser, wenn ihnen statt koalitierten Arbeiter, die solche Forderungen erheben, lediglich vereinzelte Arbeiter gegenüberstünden und die Freiheit solcher isolierter Arbeiter niemals durch Arbeiterkoalitionen gestört würde. Daß dies nicht richtig ist und gerade auf dem Gebiete der Baugewerbe die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ein besonderes Arbeitsfeld hat, beweisen die zunehmenden Mißstände im Baugewerbe; ist doch im Bereiche der bayerischen Baugewerbe-Vereinsgenossenschaft die Zahl der Verletzten für welche Unfallanzeigen erstattet wurden, von 1886 bis 1895 von 1811 auf 3983, d. h. von 36,64 auf 51,96 von je 1000 Beschäftigten gestiegen. Es ist hiermit lediglich eine Erscheinung bestätigt, die sich auch außerhalb des Baugewerbes in allen Kulturländern bemerkbar gemacht hat. Ueberall hat sich der Staat genötigt gesehen, den einzelnen Arbeiter vor den Folgen jener Freiheit, wie sie der Verband meint, zu schützen.

Die Zustände, die in allen Ländern zur Arbeiterschutzgesetzgebung geführt haben, sind ein monumentaler Beweis dafür, wohin es käme, wenn der einzelne Arbeiter lediglich auf die Gerechtigkeit und den guten Willen der Arbeitgeber angewiesen wäre. Daß diese Arbeiterschutzgesetzgebung aber nicht genügt, um die bestehenden Mißstände infolge der Freiheit des einzelnen Arbeiters, des „Arbeitswilligen“, zu beseitigen, ist von den Regierungen sowohl wie von allen Parteien dadurch anerkannt, daß das Koalitionsrecht, d. h. die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter als eine unentbehrliche Ergänzung der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung gilt. Gerade auf dem Gebiete des Baugewerbes aber steht die Arbeiterschutzgesetzgebung nahezu bloß auf dem Papier und seit Jahren bereits berät die Reichsregierung vergeblich über Mittel zu einem geeigneteren Schutz. Es sei nur darauf hingewiesen, daß es für Hoch- und Tiefbauten eine Gewerbeinspektion gar nicht giebt. Hier ist das Koalitionsrecht zur Zeit die einzige wirksame Waffe, die in steigendem Maße das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, unter Umständen aber auch des sogenannten weiteren Publikums bedrohen. Solche Mißstände können nicht aus der Welt geschafft werden, wenn man bei Klagen und Vorgehen der Arbeiter gegen dieselben von Verhöhnung der Arbeiter spricht. Vielmehr erwerben sich die Arbeiter den Dank, die zur Beseitigung dieser Mißstände sich koalieren.

Wie war es doch jüngst bei dem Baumglück in Halensee bei Berlin? Dort ist ein Neubau unmittelbar vor seiner Vollendung teilweise eingestürzt und hat eine Anzahl Arbeiter unter seinen Trümmern begraben. Der Neubau war von den organisierten Arbeitern wegen schlechter Löhne und mangelhaften Bauhandwerks gesperrt, von „arbeitswilligen“ Kollegen aber ohne Bedenken weitergeführt worden. Die Organisation hat sich vergeblich bemüht, als Hüterin technischer Betriebssicherheit zu wirken. Und die Skrupellosigkeit der „Arbeitswilligen“ ist es, die sie gewissen Arbeitgebern so lieb macht.

Parlamentarische Nachrichten.

Im Reichstage wurde am Sonnabend zunächst die „Aränzung“ der neuen Militärstrafprozess-Reform vollzogen. Die Vorlage über die Errichtung eines eigenen bayerischen Senats für das Reichsmilitärgericht wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Zur einige bayerische Centrumsleute stimmten dagegen. Sie setzen in dem Umfange, daß der Senat seinen Sitz in Berlin hat, eine Verlegung der militärischen Reservatrechte Bayerns. Vielleicht fürchten sie auch, daß dieser bayerische Senat in Berlin zum Nachteil der bayerischen Soldaten bevorzugt werden könnte. Viel Unterschied ist zwar in den Anschauungen der „Arbeitswilligen“ und dunkelblauen Uniformen nicht vorhanden. Dann wurde die Spezialberatung des Militärsenats fortgesetzt und der sogenannte Kleinrat erledigt. Die Beamtenverhältnisse spielten dabei die Hauptrolle. Bebel brachte einige Mißstände von geringerer Bedeutung zur Sprache, so den über das Hamburger Carl-Schultheater verhängten Militärbescheid, der nur deshalb erfolgt war, weil der Direktor dem sozialdemokratisch angehauchten Verein „Freie Volkshäuser“ die Theateräume ein paar

Mal überlassen hatte. Das Ordinarium des Militär-Etats wurde erledigt. Montag kommen die einmaligen Ausgaben an die Reihe.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages schloß, dem Reichstage vorzuschlagen, die Gültigkeit der Wahl des Grafen v. Bismarck-Dohlen (Konst. 2. Straßburg) bis nach erfolgter Wiederherstellung bestimmter Vorzüge auszufügen.

Das preussische Abgeordnetenhaus führte am Sonnabend die Beratung des Eisenbahn-Etats zu Ende. Beim Eisenbahn-Etats kamen eine Reihe lokaler Wünsche zum Vortrag, die die allgemeinen Interessen betreffen. Im Hause aber war die Debatte sehr umfangreich, da den Kirchturnsinteressen von dieser Art Volkvertretung immer ein weiter Spielraum eingeräumt wird. Allgemeine Interessen kann nur, daß für den Hamburger Bahnhofbau weitere 4 Millionen bewilligt, und daß besondere Gleise für den Vorortverkehr der Anhalter Bahn und für die Strecke Berlin-Grünau angelegt werden sollen. Nach Erledigung des Eisenbahnetats wurde der Antrag, den der Staat mit den Verneinungsmillionen Standen und Bedingungslos abzugeben hat, und der die Verneinungswerte in den Besitz des Staats für die bescheidene Summe von 9% Millionen überführt, in zweiter Lesung genehmigt. Die Kommission hatte eine Resolution vorgebracht, die die Staat ausfordert, bestimmte Uebelstände zu beseitigen, die besonders für die kleinen Verneinungsbrecher in dem bisherigen Betriebes hängig sind. Die Resolution wurde angenommen. Die kapitalistische Staat aber kann diese Uebelstände, die mit der Natur des kapitalistischen Betriebes zusammenhängen nur in sehr geringem Maße einschränken.

Es ist wohl kein Zweifel, daß gleichzeitig mit der Rede der nationalliberalen Herrn Paasche im Reichstage (siehe den besondern Artikel), der dem Volke die Religion ganz nach dem Axiom der Herr vom Centrum und der äußersten Rechten erhalten will, im Abgeordnetenhaus der konservative Antrag erdienen ist, der Regulierung der Schulunterhaltungspflicht unter der Bedingung verlangt, daß die konfessionelle Charakter der Volksschule aufrecht erhalten und gesichert werde. Die Konservativen hoffen ersichtlich auf eine Kooperation mit den Nationalliberalen und die Kreuzzeitung bemächtigt sich der Rede des Abg. Paasche mit besonderer Anerkennung und in der Hoffnung, daß er seine Partei hinter sich habe.

Die Fastenpredigt des Abg. Paasche.

Die jüngst jutage getretene Frömmigkeit der Nationalliberalen wird von verschiedenen Seiten verspottet. Die Frankfurter Zeitung läßt sich darüber wie folgt vernehmen:

Beiläufige Bemerkungen, daß die Noheitsverbrechen sich aus wirtschaftlichen Ursachen erklären, haben dem nationalliberalen Schnellredner den Anlaß zu einer Philippika ober richtiger zu einer Art Fastenpredigt über das Thema: Dem Volke muß die Religion erhalten werden; eine Schule dafür ist auch die Armee, und die Sozialdemokratie ist es, die dem Volke den Glauben an Gott und an die „seligmachende Kirche“ raubt. So hat der nationalliberale Professor wirklich gesagt und nur weil er Protestant ist, hat er das „alleinseligmachende“ gekürzt. Mit dem ihm gekläufigen Eifer, den er sonst nur für Zuckerprämien und in ähnlichen wirtschaftlichen Fragen befhätigt, hat Herr Paasche losgebommert und sich soweit verfliegen, daß er sogar über gottlose Vieder sich ent-rüstete, die er als Student gehört hat. Das war ein Sernon halb des frommen Herrn Dingens vom Centrum, halb des Herrn Stöcker und ganz eines Mannes, der im Sinne des früheren Unsturzgesetzes und der erweiterten lex Heinze die staatliche Autorität angespannt zu sehen wünscht, um dem Volke die Religion zu erhalten. Die agrarische Gemeinschaft mit den Unkonservativen wirkt anstößig. Halb Junker, halb Pfaffe erschien Herr Paasche, und in lange es einen Reichstag giebt, hat noch kein nationalliberaler Redner über ein ähnliches Thema solch jubelnden und stürmischen Beifall von dem Centrum und der Rechten geerntet.

Paasche war der Held des Tages.

Bebel's seine Frage, wie Herr Paasche selbst es denn mit der Religion halte, und ob wirklich sein Gottesglaube so weit von dem des Herrn Bebel entfernt sei, hat Herr Paasche nicht beantwortet, und so bleibt der Zweifel, ob er die Gottgläubigkeit und den Glauben an die seligmachende Kirche nur ausopfernd für das Volk oder auch für sich selbst in Anspruch nimmt.

Interessant, ist wie der ehemalige Reichstagskandidat für Magdeburg von den Blättern seiner eigenen Partei abgezankelt wird. Die Nationalzeitung schreibt: „Was wirklich droht, ist die äußere Verkümmern der Schule durch die wieder angeregte Schwämmerung der Unterrichtszeit, ihre innere Verkümmern nach den Vorschlägen des Beiläufigen Gesegentwurfs und nach den Idealen des Ministers von Hammerstein. Was wirklich droht, ist die wachsende Verwässerung der Orden, des Heerbaus des Militarismus für die Geltendmachung kirchlicher Herrschaft auf Tätigkeitsgebieten des Staates. Was wirklich droht, wenn die Bestrebungen der Herren Gröber, Graf Rindowström, Stöcker noch einflußreicher würden, als sie es schon sind, ist die Anhebung der Universitäten. Es ist ein Mangel an Augenmaß, wenn man für das geistige Leben des deutschen Volkes die Gefahr von der Seite der Herren Bebel und Genossen kommen sieht. Vor dieser Gefahr Hilfe bei den Herren Gröber, Graf Rindowström und Stöcker suchen, das hieße aus Furcht vor dem Tode sich das Leben nehmen. — Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die nationalliberale Magdeburgische Zeitung diese beachtlichen Worte der nationalliberalen Nationalzeitung unterschlägt.

Gegenüber den Behauptungen der bürgerlichen Sprecher, die Sozialdemokratie bezwecke mit ihrer Kritik militärischer Dinge eine Untergrabung der Armee, bemerkt der Vorwärts: Wenn die Sozialdemokratie im Reichstage ihre Aufgabe nicht darin sähe, zu kritisieren und zu Verbesserungen anzuregen, sondern darin, dithyrambisch zu loben und in vaterländischem Eigenbunkel zu prunken, so könnte sie freilich auch die Armee verherrlichen, sie könnte die Tüchtigkeit und den Eifer unserer Soldaten feiern, die, trotzdem sie in ein System gepannt sind, das einem freien Mann wenig gefällt, freudig ihre Pflicht erfüllen aus Liebe zum Vaterlande und in der Hoffnung, daß es gelingen wird, die Armee aus einem Werkzeug gegen den „inneren Feind“ zu einem wirklichen Volkshere zu gestalten. So waren die bürgerlichen Sprecher ausgezogen, um der

Möbel-Einrichtungen
größte Auswahl
in den großen Sälen
und 3 Möbelspeichern von
J. Mook
Jahresstraße 51
dicht am Alten Markt.

Dampf-Schweiß-Apparat



weist, weil zu Hause
zu benutzen, vorzüg-
lich bei Bekleidungs-
arbeiten, wie
Kleider, Hemden,
Taschentücher, sowie
Hände, Kumpf-
und Sit-Wannen
auch zum Reinigen
äußerst billig.

Otto Janoschek

vorn. C. Marquardt 208
Große Junkerstraße 6a
Buckauer Bierhalle gegenüber.

Normal-Hemden

von der billigsten Qualität bis zu
5 Mk. per Stück empfiehlt

Bazar Magdeburg

Jahres- und Petersstraße, Ecke
Jubiläum: Budan, Thiemstraße 1,
Wilhelmstraße, Annastraße 2.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!
Herren- und Damen-Stiefel,
Stiefelchen, Turn-, Strand-, Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus Kontinental-
massen stammende Waren 151
nur Neustadt, Schmidstr. 44.

Neu eingetroffen!

Neue moderne
**Herren-Rock- und Jackett-
Anzüge**
Frühjahrs-Überzieher
elegante
Konfirmanden-Anzüge
einzelne Jacketts und Hosen
sehr preiswert. 500
Sämtl. Konfektion ist nur aus besseren
Stoffen sauber verarbeitet.
Auch habe ich zurückgeforderte Herren-
und Knaben-Anzüge und Über-
zieher zu jedem nur annehmbaren
Preis abzugeben.
Max Herzberg
Schopenstr. 1, 1 Tr.

Die Aerzte sind

ganz erstaunt über die Erfolge des **Karl Koch'schen Nährwiederbads**.
Derselbe bildet den Kindern geundtes
Blut, stärkt den Knochenbau und ist wegen
seines hohen Nährwertes geeignet, das Kind
vor den Folgen fehlerhafter Ernährung,
als: Strophalose, Krümmen, Darm-
katarrh, Rachitis, Knochenbräu-
chen usw. zu schützen.
In Dosen und Paketen zu 10, 20, 30
Pfg. Verkauf nur allein echt in
Originalpackung bei:
Haupt-Depot:
Adolf Häuber Nachf., Magdeburg.
W. Lamm jr., Magdeburg, Tischlerbrücke.
Wwe. M. ..., Berlinerstraße 25.
H. Starkloff, Magdeburg-Sudenburg.
Magdeburg-Neustadt: **H. Nachtwey**,
Gustav Graf,
Stahlfurt: **F. Hedicke**, **F. M. Kilian**,
Wachtelstraße 15, **Frz. Henkel**,
C. Nauke,
Schönebeck: **Germania-Drogerie**, **Gust.**
Minkus, **F. M. Kilian**, Wachtel-
straße 15. 531

Buckau.

Konfirmanden-Anzüge
10-25 Mk., sowie
Anfertigung nach Maß.
Schwarze u. farbige Kleiderstoffe.
Teilzahlungen gestattet.
R. Seyffarth
Goswitzerstraße 17. 520

Richard Neumann

Buckau

Größtes Warenhaus am Platze.

Zur Einsegnung

empfehle:

Schwarze Glacehandschuhe, 1 Knopf 90 Pfg., 2 Knopf 1.25, 3 Knopf 1.65,
3 Druckknopf 1.80 Mk.
Weiße gestickte Unterröcke zu 75 Pfg., 1.25, 1.75, 2.25 bis 5.50 Mk.
Farbige Anstands- und Unterröcke, 65 Pfg., 1.25, 1.85, 2.40, 3.25, 4.00.
Weißer Unterrock-Cifon, prima, Meter 36 und 45 Pfg.
Weiße Stickereien, dazu passend, in großer Wahl.

Kleiderstoffe.

Schwarze reitwollene Fantasiestoffe, 6 Meter das ganze Kleid, zu 5,40,
7.50, 9.60, 13.20 Mk.
Farbige reitwoll. Cheviots in allen Farben, das ganze Kleid 6 Mtr., 4.50 Mk.
" " " prima, " " " " " 6 " 4.85 "
" " " extra schwer, " " " " " 6 " 5.00 "
Schwerstes farbiges Kleidertuch, das Kleid 6 Meter, 9.00 Mk.
Starkes farbiges Hauskleidertuch, das Kleid 6 Meter, 2.70 Mk.
Starkes farbiges Hauskleidertuch, prima, das Kleid 6 Meter, 3.00 Mk.

Schwarze und farbige Besatzseiden, sehr preiswert.
Seidene Atlas-, Rips- und Noireebänder in allen Breiten.
Konfirmanden-Korsetts, sehr durabel, Stück 75, 90 Pfg., 1.20, 1.50, 1.65 Mk.
Damenmanschetten, Paar 40 Pfg. Damentragen, Stück 20 Pfg.
Mützen und Pappel, sehr hübsche Neuheiten, Stück 8, 10, 15, 20, 25 Pfg.
Weiße Damen-Hemden mit gestickter Passe, Stück 1.24, 1.90 Mk.
Weiße Hemden mit Vorderanschluß, Spitze besetzt, Stück 49, 75 Pfg., 1.25,
1.50, 1.90 Mk.
Weiße Mädchenbeinkleider, Stück 1.25, 1.80 Mk.

Warenhaus Richard Neumann
Buckau.

635

* Acht Bund Pferdehaare u. Kindermantel* Kinderwagen zu verkaufen.
bill. u. verl. Knochenhauererstr. 84 S. I. III. I. Kurfürstenstr. 34. S. r. 1 Tr., G. Jacob.

Extra groß Eier! Eier! Zum Trinken

Schock 2.85 Mark, Mandel 75 Pfg.
Hesekielstraße 12 Sudenburg Ambrosiusplatz 2

Fleischerei von Richard Dieck

15 Faßlochsberg 15
empfiehlt
ff. Rind-, Schweine-, Hammel- und Kalbfleisch
à Pfund 60 Pfg.
Jeden Freitag frische Wurst (Hausschlachten).

Versammlung

Verbandes Deutscher Zimmerer

(Zahlstelle Magdeburg)
am Dienstag, den 7. März, abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Müller, Tischlerkrugstrasse No. 22.
Tages-Ordnung:
1. Das Bereinigungsrecht der Arbeiter und die Bekämpfung desselben. 2. Verbands-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

der
Schmiede u. verwandten Gewerbe
des Stadtteils Buckau
am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr
im Thalia-Saal, Dorotheenstraße 14 (Inhaber Westphal).
Tages-Ordnung:
1. Berechnung und unberechtigte Begehrlichkeit. Referent: W. Haupt.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkrugstraße 26. 82

Sudenburg.

Metallarbeiter!

Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in
der Zerbster Bierhalle, Schöningerstr. 28
öffentliche
Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Arbeiterschutz und Reichsgewerbeordnung. Referent: Redakteur
Albert Rudolph, Erfurt.
2. Verschiedenes.
Die Metallarbeiter werden ersucht, diese Versammlung zahlreich zu
besuchen. Rege Agitation erwünscht
Der Einberufer: Hugo Gärtner.

Kur- u. Bade-Anstalt Magdeburg-Sudenburg
(G. G. m. b. H.)

General-Versammlung

am Montag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr
in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstr. 28.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Kassenbericht.
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Beschlußfassung über eventl. Verlegung des Betriebes.
5. Verschiedenes.
Der Geschäftsbericht liegt in der Anstalt aus.
Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist allseitiges Erscheinen notwendig.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher.
Der Aufsichtsrat, S. N.: Otto Jahn.

Cirkus Jansly

Dienstag, den 7. März
abends 8 Uhr:
Brillante Extra-Vorstellung.
Vorzüglich gewähltes Programm.
Zum Schluß:
Koloßaler Erfolg!
Ein Traum im norwegischen Gebirge
Vorverkauf (Preisermäßigung)
wie bekannt. Näheres durch Tageszettel.
Morgen: Schüler-, Kinder- und
Familienvorstellung zu ermäßigten
Preisen.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:
Große Künstler-
Spezialitäten-Vorstellung.

Burg. Burg.

Bringe meine
**Berliner Brot-, Kuchen-
und Feinbäckerei**
in empfehlende Erinnerung.
Gustav Vesper
Brückenstraße 4.
Freitags sende auf Wunsch frei in's Haus.

Pfund-Versteigerung.

Am Freitag, den 10. März d. J.,
nachmittags von 2 Uhr ab werde ich
in meinem Geschäftslokale
Katharinenstraße 4, 1 Tr.
die in der Zeit vom 1. Mai bis
Ende Juni 1898
sub Nr. 29315 bis 31800
meines Pfandbuchs bei mir ver-
pändeten, bis jetzt weder eingelöst
noch erneuerten, mithin verfallenen
Gegenstände, als: Gold- und Silber-
sachen, Uhren, Betten, Wäsche und
Bekleidungsstücke durch den Gerichts-
vollzieher Herrn Ebeling öffentlich
meistbietend versteigert lassen.
Louis Lewy.

* Kassierer der Allgemeinen Krankenkasse
Fr. Schenk, Fernersleben, Weststraße 18.
Zwei große und zwei kleine Schweine,
sowie ein leichter Ackerwagen zu verkaufen.
1681
Benedenbeck, Stadtweg 2

Frauen

zum Säcksfortieren gesucht.
Haas, Berlinerhaussee 8.

Frauen

zum Säcksficken gesucht.
Haas, Berlinerhaussee 8.

Schneiderlehrling sucht G. Netze,
Kutschkerstr. 1.
2 junge Leute erh. guten Mittagstisch
Leipzigstraße 32, Hof geradezu, 2 Tr.